

Der Bund kurz erklärt 2006



Liebe Leserinnen und Leser

Die Broschüre, die Sie gerade in Händen halten, will eigentlich jedes Jahr das Gleiche: Ihnen die politische Schweiz und deren oberste Behörden näherbringen. Dies gilt auch für die Ausgabe 2006, die vom Fotografen Stefan Walter illustriert worden ist.

Warum denn jedes Jahr eine neue Broschüre? – Auf den ersten Blick erscheint diese Frage berechtigt, sind doch Struktur des Staates und Organisation seiner Verwaltung (mehr oder weniger) feste Grössen. Trotzdem versuchen wir natürlich, Ihnen immer auch Neues zu vermitteln, Sie auf Besonderheiten oder ganz konkrete Ziele des Bundesrates hinzuweisen.

Auf zwei solche Ziele für 2006 möchte ich an dieser Stelle kurz eingehen: auf die Erhaltung unserer Sozialwerke auf einem finanziell gesunden Fundament sowie auf die Umsetzung eines einheitlichen Erscheinungsbildes Bund.

Zum ersten: Wichtigstes Ziel 2006 für unser Land ist die Revision unserer Sozialwerke Alters-, Invaliden- und Krankenversicherung. Nur wenn diese staatstragenden Institutionen auf finanziell robusten Fundamenten stehen, werden auch kommende Generationen von einer gesellschaftlich gelebten Solidarität profitieren können.

Wichtig, weil identitätsfördernd ist aber auch das vom Bundesrat gutgeheissene Corporate Design Bund, eine schlichte Bild-Wort-Marke aus Schweizerkreuz und dem Schriftzug «Schweizerische Eidgenossenschaft» in den vier Landessprachen. Es hebt sich wohltuend vom bisherigen Wildwuchs ab, der praktisch jeder Verwaltungseinheit ein eigenes, mehr oder minder fantasievolles Logo zugestanden hat.

Sozialwerke und Erscheinungsbild haben (auf unterschiedlicher Ebene) viel zu tun mit Identifikation und dem Bewusstsein, einer verlässlichen, verantwortungsbewussten Institution namens Staat anzugehören. Deshalb scheint mir die Erfüllung beider Ziele erstrebenswert zu sein!

Die Bundeskanzlerin Annemarie Huber-Hotz

1. Huen

Die Schweiz 2006: Standortbestimmung und Perspektiven

- 4 Interview mit Bundespräsident Moritz Leuenberger
- 8 Bevölkerung
- 9 Finanzen
- 10 Ein Blick zurück auf Ereignisse des Jahres 2005

Die direkte Demokratie: eine Schweizer Besonderheit

- 14 Die politischen Ebenen
- 16 Die Volksrechte auf Bundesebene
- 17 Die politische Organisation der Schweiz

Die Legislative: Nationalrat und Ständerat

- 20 Die Wahl des Parlaments
- 21 Die Mitglieder des Ständerats
- 22 Die Mitglieder des Nationalrats
- 24 Die Vereinigte Bundesversammlung
- 26 Die Parteien
- 26 Die Fraktionen
- 27 Die Kommissionen und Delegationen
- 28 Die Arbeit des Parlaments
- 29 Die parlamentarischen Vorstösse
- 30 Der Weg zu einem neuen Gesetz
- 32 Die Parlamentsdienste

Die Exekutive: Bundesrat und Departemente

- 36 Der Bundesrat
- 38 Die Organisation der Bundesverwaltung
- 40 Die Bundeskanzlei
- 42 Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten EDA
- 46 Das Eidgenössische Departement des Innern EDI
- 50 Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD
- 54 Das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS
- 58 Das Eidgenössische Finanzdepartement EFD
- 62 Das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement EVD
- 66 Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
- 70 Die Mitglieder des Bundesrats seit 1848

Die Judikative: die Eidgenössischen Gerichte

- 74 Die dritte Gewalt
- 76 Das Bundesgericht
- 78 Das Eidgenössische Versicherungsgericht
- 79 Die neuen erstinstanzlichen Bundesgerichte



Im «Bernerhof» ist alles bereit zum Bankett für den indischen Staatspräsidenten A.P.J. Abdul Kalam und seine Delegation. Das ehemalige Nobelhotel beherbergt das Eidgenössische Finanzdepartement und verfügt seit seiner Gesamtsanierung im Jahr 2004 über neue Repräsentationsräume für die Landesregierung – unmittelbar neben dem Bundeshaus West.

Die Schweiz 2006:



Standortbestimmung und Perspektiven



Sind die Bundesräte eigentlich duzis?

Herr Leuenberger, Sie waren 2001 bereits einmal Bundespräsident. Damals war es ein schlimmes Jahr für die Schweiz mit dem Zuger Attentat, der Swissair-Pleite, dem Brand im Gotthard-Tunnel, Flugzeugunglücken usw. Wird's 2006 besser?

Ich glaube nicht an die Zyklen des Schicksals, niemand wünscht sich die Katastrophen jenes Jahres nochmals.

Aber eine ausgleichende Gerechtigkeit, gibt's die?

Es ist die noble Aufgabe der Politik, die ausgleichende Gerechtigkeit zu erarbeiten. Und ich glaube auch daran, dass sie gestaltet werden kann. Sie ist eine Hauptsäule unseres Staatsverständnisses: Alle Sprachen, alle Kulturen sollen in unserem Land dieselben Entfaltungsmöglichkeiten haben und verbunden bleiben. Zum Beispiel organisieren wir unsere Telekommunikationsangebote möglichst flächendeckend, das ist nicht in allen Ländern so. In unseren italienischsprachigen Bergtälern gibt es ADSL. Im benachbarten Italien dagegen noch kaum, weil dort alle Wege nach Rom führen.

Der jährliche Wechsel im Präsidium – ist der gut fürs Land? Andere Länder leisten sich ja einen eigenen Staatschef. Für die Innenpolitik ist das eine gute Idee, die ich gerne mittrage. Sie führt nämlich dazu, dass jedes Jahr eine andere kulturelle Bevölkerungsgruppe ihren Bundespräsidenten hat. Einmal ist dieser ein Bergler, einmal ist es eine Frau aus der Romandie, eine Ex-Gewerkschafterin, und ein anderes Mal ist es ein Städter, wie ich jetzt. Dieses System ist eine Art Machtbrechungszyklus, der unterstreicht: Alle haben abwechslungsweise dieselben Möglichkeiten, sich mit dem Bund zu identifizieren.

«Macht bedeutet für mich, Einfluss zu nehmen»

Aber ich muss ehrlich sagen, gegenüber dem Ausland ist es ein grosser Nachteil. Da gelten wir durchaus als ein etwas unstabiles Land, weil sich ja die ausländischen Regierungen im Kontakt mit der Schweiz jedes Jahr neu orientieren müssen. Im Gegenzug weisen wir dann aber als Bundesräte – im Ausland würde man sagen als Fachminister, - eine erstaunliche Konstanz auf. Ich bin mit riesigem Abstand der dienstälteste Verkehrs- respektive Umweltminister von ganz Europa. Das verschafft dann

auch eine Stabilität und eine Glaubwürdigkeit im Dossier. Aber in der präsidialen Führung fehlt diese Konstanz.

Wäre ein zweijähriger Turnus besser? Könnte man dann aus der Rolle mehr machen?

Ja, dann könnte der Präsident ein bisschen mehr bewirken, aber diese Änderung wäre minim. Da müssten wir uns schon durchringen und sagen, okay, das Präsidium dauert zum Beispiel vier Jahre.

Gibt das Präsidium auch mehr Macht oder besteht die Bedeutung vor allem darin, zu repräsentieren und allenfalls mit Worten zu überzeugen?

Das widerspricht sich nicht einmal, weil für mich Macht bedeutet, Einfluss zu nehmen. Und Worte können auch Einfluss nehmen. Selbst nach Unglücken, wenn dem Bundespräsidenten die Aufgabe zukommt, die Gefühle der Menschen in Worte zu fassen, nimmt er Einfluss und lenkt die Gedanken vielleicht in eine bestimmte Richtung. Repräsentationspflicht heisst für mich nicht nur, auf einem Foto zu erscheinen, sondern auch die Präsenz des Staates, des Bundes zu zeigen, - aber auch zu formulieren. Kommt hinzu, dass der Bundespräsident die Sitzungen des

Bundesrates leitet. Auch das erlaubt mehr Einfluss, als ihn ein gewöhnlicher Bundesrat hat. Wir dürfen in der Schweiz Macht ohnehin nie mit Allmacht vergleichen, zum Beispiel der Macht eines Premierministers, der andere entlassen kann.

Sollte ein Bundespräsident heute mehr reisen und vielleicht auch eine Art Handelsvertreter der Wirtschaft sein?

Unter keinen Umständen sollte er nur Vertreter der Wirtschaft sein. Natürlich soll er ihr helfen, sich entwickeln zu können, gerade auch in asiatischen Ländern, wo es üblich ist, dass die Politik Türöffner der Wirtschaft spielt. Aber ich würde doch meinen, dass die Kultur unseres Landes genauso eine Vertretung braucht, zuhause und im Ausland, und auch dafür ist der Bundespräsident da.

Und ob er noch mehr reisen soll? Er kann kaum mehr reisen. Wenn ich meine Agenda dieses Jahres ansehe, ist es gar nicht möglich, noch mehr reinzukriegen. Weil ich ja gleichzeitig noch mein Departement, ein grosses Departement, führe. Ich finde auch, es werde heute unglaublich in der Welt herumgereist. Ein gezielter Einsatz kann mindestens so effektvoll sein. Und dann gibt es noch das Telefon.

«Fragen der Moral, der Ethik und der Theologie spielen selbstverständlich in der Politik eine zentrale Rolle»

Sie haben ja gleich vier Ressorts: Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation. Dafür haben andere Länder mehrere Minister. Müsste man in der Schweiz nicht einmal über eine andere Aufteilung sprechen?

Wir sprechen oft über eine andere Aufteilung, aber wir ändern selten etwas, denn wir sind ja nur sieben. Was sich etwas geändert hat, ist der Anspruch parlamentarischer Kommissionen auf unsere Präsenz. Sie sehen ein, dass ein Bundesrat halt nicht an jeder

«Ich kann Zielkonflikte selbst steuern»

Sitzung zugegen sein kann, schon gar nicht, wenn mehrere gleichzeitig stattfinden. Wir haben also dieses System und sind gehalten, unsere Zeit so zu managen, dass das geht – und es geht.

Vielleicht hat diese Bündelung der Aufgaben sogar etwas Gutes. Es verpflichtet Sie mehr, zwischen dem Unwichtigen und Wichtigen zu trennen?

Zum Beispiel. Und dann ist die Kombination zwischen Umwelt und Infrastruktur spannend: So kann ich mich besonders gut für eine nachhaltige Politik einsetzen. In allen anderen Ländern kämpfen die Umweltminister und die Infrastrukturminister gegeneinander. In der Regel setzt sich dann der Verkehrsminister durch wegen der wirtschaftlichen Interessen. Ich habe die Zielkonflikte in einem Departement und kann sie selbst steuern. Ich muss sagen, das ist eine hochinteressante Aufgabe.

Geht es der Schweiz besser, weil Sie eine Vierparteien-Regierung hat und nicht dauernd die Koalition wechselt, wie zum Beispiel in Deutschland?

Die Stabilität, so glaube ich, ist ein grosser Trumpf. Ein Beispiel: Wir haben die LSVA, die Abgabe für Lastwagen. Sie war äusserst umstritten. Aber von dem Moment an, als die Einführung in der Volksabstimmung bestätigt wurde, stand sie ausser Diskussion. Niemand hat versucht, sie auf einen möglichen Regierungswechsel hin zu verzögern oder zu sabotieren. In andern Ländern spielen solche Taktiken eine grössere Rolle. Unser System erlaubt es besser, langfristig zu planen.

Man hat den Eindruck, im Bundesrat gehe es nicht mehr so kollegial zu. Stimmt dieses

Bild oder ist es bloss ein mediales Zerrbild?

Es ist vieles im Fluss, insbesondere hat die Transparenz zugenommen, indem heute ziemlich offen dargelegt wird, wer vor einem Entscheid welche Position eingenommen hat. Früher war das weniger der Fall, und neuerdings besteht sogar die Tendenz, seine Meinung hinterher nochmals zu betonen. Damit wird meines Erachtens die Kollegialität tatsächlich gefährdet, aber nicht unbedingt

«Unser System erlaubt es besser, langfristig zu planen»

aufgehoben. Es ist durchaus möglich, seine Bedenken zu äussern, dann aber, wenn der Bundesrat einmal entschieden hat, sich hinter diesen Entscheid zu stellen und die Argumente darzulegen, die zum Entscheid geführt haben. So finde ich, kann sowohl Transparenz hergestellt, als auch Kollegialität bewahrt werden. Es kann aber an Nuancen des Tonfalls liegen, dass die Kollegialität verletzt wird. Wenn jemand höhnisch andeutet, alle anderen seien ja

eigentlich völlig daneben, dann ist die Kollegialität nicht mehr gewährleistet. Sie kann eben kaum in Normen gegossen werden, es geht zu einem grossen Teil um den Ton.

Wie sehr kann der Bundespräsident den Umgangston prägen und damit sozusagen die Gefährdung der Kollegialität beheben?

Durch die Gestaltung der Sitzung, durch Einzelgespräche, durch die Atmosphäre. Ich erinnere mich an Bundespräsident Ogi, der vor Sitzungsbeginn vor dem Bundesratszimmer gestanden und jeden ganz formell begrüsst hat. Der Bundespräsident kann zu einer guten zwischenmenschlichen Atmosphäre beitragen.

Ist denn die Rolle des Bundespräsidenten im Kollegium unumstritten oder muss er sich den Einfluss erstreiten?

Oh nein, die Funktion ist anerkannt. Aber jeder prägt sie auf seine Art und Weise. Wir sind ja auch ein sehr kleines Kollegium mit sieben Bundesräten. Andere Regierungen tagen in grossen Sälen mit langen Sitzungstischen; wir in einem relativ kleinen Zimmer. Das schafft schon eine gewisse Vertrautheit, die es zu nutzen gilt.





Die Schweiz hat eine Duzis-Kultur; gilt dies auch für die Bundesräte?

Während der Sitzung siezen wir uns, nennen uns zum Beispiel «Finanzminister», «Infrastrukturminister» oder «Herr Präsident» usw. - Ich bin der «Herr Doyen», so nennt man den Amtsältesten. Diese Umgangsform hat ihre gute Seite: Indem wir uns in unserer Funktion ansprechen, bringen wir zum Ausdruck, dass es um die Sache und nicht um Aggressionen gegen Personen geht. Der Finanzminister will mir an meinem Infrastrukturprojekt nicht deswegen etwas wegsparen, weil er etwas gegen mich persönlich hat, sondern weil es seine Aufgabe ist, über die Bundeskasse zu wachen. Und ich streite für eine Eisenbahnlinie nicht, weil ich Geld verschleudern will, sondern weil ich die Verantwortung habe, Infrastrukturen zu bauen. Sind wir aber nachher in der Pause beim Kaffee, dann duzen wir uns selbstverständlich.

Und wie geht das Gremium mit den unterschiedlichen Sprachen um? Redet jeder, wie in der Schweiz üblich, in seiner Muttersprache?

Ja, so ist das, und ich habe einen Dictionnaire bei mir. Wenn ich ein wichtiges französisches Fachwort nicht verstehe, beginne ich darin zu blättern und dann wollen mir plötzlich alle helfen und schauen, ob sie das Wort kennen. Das führt bisweilen zu ganz entspannenden Gesprächen.

Das Bundeshaus ist räumlich gesehen viel näher am Bürger als andere Parlamente. Nehmen wir Berlin – ringsum viel Weite und Abstand. Hier tagt man neben einem Gemüsemarkt. Kann man auch sagen, dass die Bundespolitik damit bürgernäher ist?

Das wäre jedenfalls unser Anliegen, das möchten wir sein. Und ich erlebe immer wieder,

«Kollegialität kann kaum in Normen gegossen werden»

wenn ich in der Stadt unterwegs bin, dass mich Leute ansprechen und sagen: «Wie schön, dass es das noch gibt, ohne Bodyguards, das gibt es auch nur in der Schweiz». Aber manchmal werde ich den Verdacht nicht los, es schwinge eine Art Bedauern darüber mit, dass nicht auch bei uns solche Menschen mit Ohrwürmern ringsum stehen. Weil die Bodyguards eben doch eine gewisse Faszination ausüben.

Eine Faszination für die Bürger oder für die Politiker, die damit ihre Bedeutung bestätigt sehen?

Also das gibt es garantiert. Ich selbst bin nicht dieser Typ, ich würde es nicht aushalten, tagtäglich beschützt, also auch bewacht zu sein. Zum Glück lässt man uns noch die eigene Intimsphäre.

Sie fahren also auch als Bundespräsident mit dem Zug und gehen zu Fuss vom Bahnhof zu Ihrem Departement?

Ja. Das ist nicht nur eine politische Überzeugung, sondern es ist auch am effizientesten, denn der Zug ist am pünktlichsten und am schnellsten.

Haben Sie jemals daran gedacht, sich einen Schutz zuzulegen, zum Beispiel nach dem Attentat im Zuger Kantonsparlament?

Das sind Ausnahmen: Beispielsweise als ein neues Anflugregime beim Flughafen Zürich
eingeführt wurde, gab es dermassen Drohungen und Proteste,
dass mein Haus bewacht wurde.
Und man kann heute leider auch
nicht mehr so ungehindert ins
Bundeshaus wie früher.

Noch eine persönlichere Frage: In Deutschland ist jetzt eine Pfarrerstochter Kanzlerin, und

in der Schweiz ist ein Pfarrerssohn Bundespräsident. Zufall? Oder liegt's an der Erziehung in solchen Häusern?

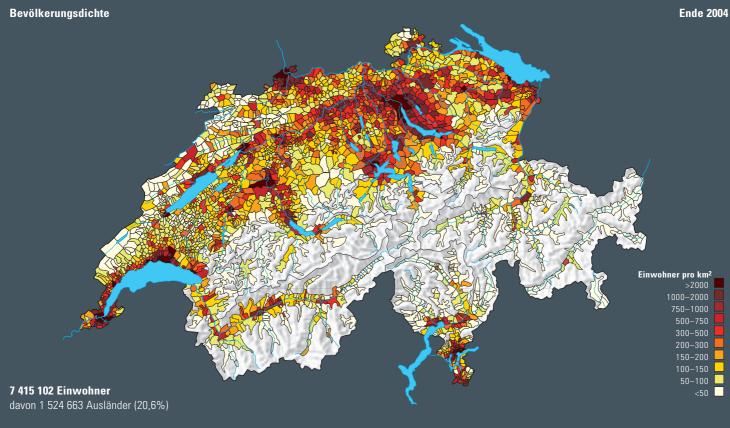
Mein Vater war Theologieprofessor, in unserem Haus wurde viel diskutiert und auch zugehört. Fragen der Moral, der Ethik, der Theologie spielen selbstverständlich in der Politik eine zentrale Rolle. Wer sie auf Machertum reduzieren möchte, wäre völlig fehl am Platz. Es geht darum, eine Gesellschaft zu gestalten und dabei spielt die Erziehung mitsamt den Werten einer Religion eine entscheidende Rolle.

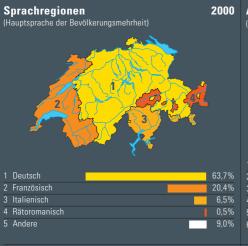
Könnte es denn sein, dass in einem Theologenhaushalt der Drang zu einer politischen Rolle besonders geweckt wird?

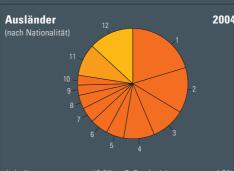
Das ist eine Möglichkeit, wie politisches Interesse entstehen kann, aber nicht die einzige und schon gar nicht die wichtigste.

Jemand, der zum Beispiel in einer Familie aufwächst, die Not und sogar Hunger oder Arbeitslosigkeit gekannt hat, wird vielleicht dadurch politisiert.

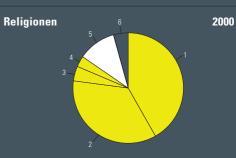
Bevölkerung



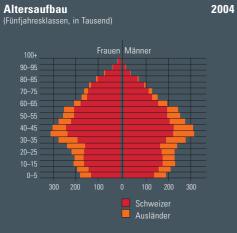


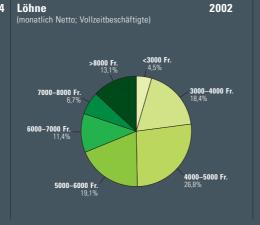


l Italien	19,8%	7 Frankreich	4,5%
Serbien-Montenegro	13,1%	8 Mazedonien	4,0%
3 Portugal	10,5%	9 Bosnien-Herzegowina	2,9%
Deutschland	9,6%	10 Kroatien	2,7%
Türkei	5,1%	11 Übriges Europa	9,6%
Spanien	4,9%	12 Andere Kontinente	13,3%



1 Römisch-katholisch	41,8%
2 Protestantisch	35,3%
3 Islamisch	4,3%
4 Andere Religionsgemeinschaften	3,2%
5 Keine	11,1%
6 Ohne Angaben	4,3%

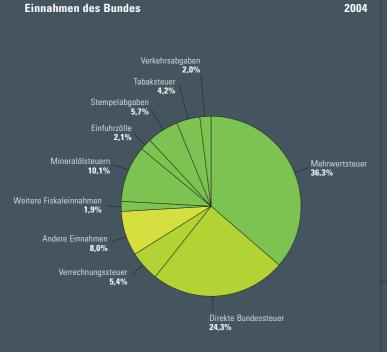


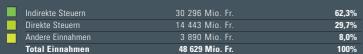


H	aushaltausgaben 8 9 1 2 3 4	2003
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	8,1%
	Bekleidung und Schuhe	2,9%
	Mohaan (inkl. Energia)	17.60/

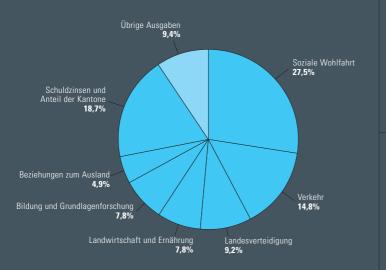
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	8,1%
	Bekleidung und Schuhe	2,9%
	Wohnen (inkl. Energie)	17,6%
	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9,6%
	Unterhaltung, Erholung und Kultur	6,3%
	Gast- und Beherbergungsstätten	6,1%
	Sozialversicherungsbeiträge	15,3%
8	Steuern und Gebühren	13,8%
9	Andere Ausgaben	20,3%

Finanzen





Ausgaben des Bundes



Soziale Wohlfahrt	13 813 Mio. Fr.	27,5%
Verkehr	7 435 Mio. Fr.	14,8%
Landesverteidigung	4 641 Mio. Fr.	9,2%
Landwirtschaft und Ernährung	3 902 Mio. Fr.	7,8%
Bildung und Grundlagenforschung	3 903 Mio. Fr.	7,8%
Beziehungen zum Ausland	2 441 Mio. Fr.	4,9%
Schuldzinsen und Anteil der Kantone	9 417 Mio. Fr.	18,7%
Übrige Ausgaben	4 733 Mio. Fr.	9,4%
Total Ausgaben	50 285 Mio. Fr.	100%

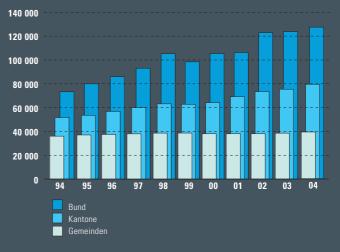
Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben



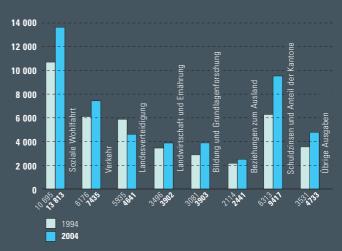
Entwicklung der Schulden

(in Millionen Franken)

2004



Entwicklung der Ausgaben (in Millionen Franken)



Ein Blick zurück auf Ereignisse des Jahres 2005

Januar

Das Seebeben vom 26. Dezember 2004 im Indischen Ozean löst weltweit eine Welle von Solidarität aus. Die Schweiz leistet Nothilfe im Umfang von rund 30 Millionen Franken und verpflichtet sich zu weiteren Beiträgen in gleicher Höhe.

Rund 100 Schweizer Experten stehen im Katastrophengebiet im Einsatz. Der Bundesrat bewilligt den dreimonatigen Einsatz von drei Super Puma, und Bundesrätin Micheline Calmy-Rey informiert sich vor Ort über die Bedürfnisse beim Wiederaufbau.

Der Bundesrat verabschiedet die neue Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik. Sie soll den Marktzugang für Schweizer Anbieter im Ausland weiter verbessern.

Februar

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey besucht die palästinensischen Autonomiegebiete, Israel und Ägypten, um sich über die Entwickungen in der Region zu informieren, insbesondere über die Vorbereitungen zum israelischen Rückzug aus dem Gaza-Streifen.

Gestützt auf ein Bundesgerichtsurteil beschliesst die Schweiz die Überweisung von 458 Millionen Dollar aus dem gesperrten Vermögen des verstorbenen Diktators Sani Abacha an Nigeria. Mit der Rückgabe setzt sie neue Standards im Kampf gegen internationale Korruption. Die Weltbank wacht über die zweckdienliche Nutzung der Gelder.

Finanzdepartement und Nationalbank legen fest, dass der Erlös von gut 21 Milliarden Franken aus dem Verkauf von 1300 Tonnen Gold zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone ausgeschüttet wird.

Das Kyoto-Protokoll tritt in Kraft. Zum Schutze des Klimas verpflichtet es die Industrieländer – unter ihnen die Schweiz – zu verbindlichen Reduktionen des Treibhausgas-Ausstosses.

März

Der Bundesrat setzt sich für eine nachhaltige Verwendung des Bundesdrittels am Goldvermögen ein. Gemäss Finanzhaushaltgesetz ist der Erlös eine ausserordentliche Einnahme, die für den Abbau der Nettoschuld zu verwenden ist.

Erstmals ist eine Trendwende bei der Verlagerung des alpenquerenden Güterverkehrs zu vermelden: 2004 nahm die Anzahl Lastwagen auf den Transit-Strassen ab und diejenige der Transporte auf der Schiene zu.

Um die Fluggesellschaft Swiss in die Lufthansa zu integrieren, tritt der Bundesrat den 20%-Aktienanteil des Bundes an den deutschen Konzern ab.

Das Rüstungsprogramm 04 scheitert im Parlament.

April

Die bundesrätliche Aufgabenverzichtsplanung verpflichtet die Bundesverwaltung, ihre Organisation zu straffen, Abläufe zu verbessern und auf die Erfüllung gewisser Aufgaben zu verzichten. Die rund 160 Massnahmen sollen jährlich und dauerhaft rund 190 Millionen Franken einsparen.

Am 28. April erfolgt der letzte Durchschlag im Lötschberg-Basistunnel, ein Meilenstein beim Bau der neuen Eisenbahn-Alpentransversalen Neat. 2007 sollen die ersten Züge auf der neuen Strecke verkehren.

Der Bundesrat beschliesst neue Prioritäten für den Einsatz der Armee. Die Sicherungseinsätze sollen verstärkt und die Mittel für die Verteidigung im engeren, «klassischen» Sinn verringert werden.

Bundespräsident Samuel Schmid besucht in Japan den Schweizer Pavillon an der Weltausstellung und trifft das japanische Kaiserpaar, den Ministerpräsidenten und den Verteidigungsminister.

Mai

Der Bundesrat setzt an seiner Klausur zum Thema Aussenpolitik neue Akzente. Insbesondere will er die Beziehungen zu den USA vertiefen und die Interessen der Schweiz im Rahmen der internationalen Organisationen noch besser vertreten.

Bundespräsident Samuel Schmid empfängt den Präsidenten Indiens A.P.J. Abdul Kalam zu einem zweitägigen Staatsbesuch.

Juni

Bundesrätin Micheline Calmy-Rey erklärt anlässlich ihres offiziellen Besuchs im Kosovo die aktuelle Position der Schweiz und bekräftigt, dass sie sich für eine politische Lösung der Statusfrage einsetzen wolle.

Das Bundesgesetz über den internationalen Kulturgütertransfer tritt in Kraft. Es soll einen Beitrag zur Erhaltung des kulturellen Erbes der Menschheit leisten und Diebstahl, Plünderung sowie illegale Ein- und Ausfuhr von Kulturgut verhindern.

Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sagen Ja zum Beitritt der Schweiz zu den Verträgen von Schengen und Dublin sowie zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare.

Am Abend des 22. Juni legt eine Strompanne den gesamten Bahnverkehr der SBB für mehrere Stunden lahm. Damit sich eine derartige Panne nicht wiederholen kann, werden die Ursachen geklärt und Massnahmen zur Optimierung der Versorgungssicherheit getroffen.

Bundespräsident Samuel Schmid stattet Lettland einen Staatsbesuch ab.

Juli

Die Mutterschaftsentschädigung im Rahmen der Erwerbsersatzordnung tritt in Kraft. Angestellte und selbstständigerwerbende
Frauen haben während 14
Wochen Anspruch auf 80 Prozent
des durchschnittlichen Erwerbseinkommens vor der Geburt.

Erstmals seit seiner Ausrottung vor 82 Jahren taucht wieder ein Braunbär in der Schweiz auf. Die Beobachtungen im Münstertal und im Gebiet des Nationalparks sorgen landesweit für Aufsehen.

August

Bundesrat Couchepin präsentiert auf der St. Petersinsel die politischen Schlussfolgerungen aus diversen Forschungsergebnissen zur Volkszählung 2000.

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Bekämpfung von Gewaltpropaganda und Gewalt an Sportveranstaltungen.

Heftige Regenfälle lassen Seen und Flüsse innert kurzer Zeit auf Rekordhöhen anschwellen, Erdrutsche und Überschwemmungen fordern mehrere Todesopfer und verursachen Schäden von über zwei Milliarden Franken. Armee und Bevölkerungsschutz helfen bei der Bewältigung der Unwetter: Über 2700 Armeeangehörige sind zum Teil während Wochen im Einsatz.

September

Die Mehrbelastung bei der direkten Bundessteuer von Zweiverdiener-Ehepaaren gegenüber Konkubinatspaaren ist seit Jahren eine Verfassungswidrigkeit. Um diese aus dem Weg zu räumen, schickt der Bundesrat eine entsprechende Vorlage mit Sofortmassnahmen in die Vernehmlassung.

Die berufliche Vorsorge des Bundespersonals wird durch den Übergang vom Leistungs- zum Beitragsprimat grundlegend umgestaltet. Gleichzeitig wird die Bundespensionskasse Publica nachhaltig konsolidiert.

Die Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf die neuen EU-Staaten, begleitet von den flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping, nimmt am 25. September die Hürde der Volksabstimmung.

Der Bundesrat lockert das Briefmonopol: Ab April 2006 kann die Post nur noch Briefe bis 100 Gramm im Monopol befördern; bei allen anderen Dienstleistungen steht sie im Wettbewerb mit privaten Anbietern.

Bundespräsident Samuel Schmid vertritt die Schweiz an der Uno-Konferenz zum Thema Milleniums-Entwicklungsziele. Diese dreitägige Gipfelkonferenz in New York, die mit dem 60. Jahrestag der Vereinten Nationen zusammenfällt, ist die bisher grösste Versammlung von Regierungsoberhäuptern in der Geschichte.

Oktober

Ab Oktober wird ein so genannter Klimarappen auf Benzin und Diesel erhoben. Die Stiftung Klimarappen ist verpflichtet, mit dem Ertrag verbindliche CO₂-Reduktionen zu erreichen.

November

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Teilrevision des Patentgesetzes. Diese befasst sich insbesondere mit der Patentierung von biotechnologischen Erfindungen.

Am 27. November nimmt das Stimmvolk zum zweiten Mal eine Volksinitiative in sämtlichen Kantonen an: die so genannte Gentechfrei-Initiative, die ein fünfjähriges Moratorium beim Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft verlangt.

Zudem lehnen die Stimmenden ganz knapp das Referendum gegen das revidierte Arbeitsgesetz ab; somit sind Sonntagsverkäufe in Flughäfen und grossen Bahnhöfen weiterhin möglich.

Der Bundesrat will die vollständige Abgabe der Bundesbeteiligung an der Swisscom ermöglichen. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement EFD beauftragt, unverzüglich eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten, die das Telekommunikationsgesetz entsprechend revidiert.

Dezember

Das Parlament verabschiedet das revidierte Ausländergesetz. Die ebenfalls beratene Teilrevision des Asylgesetzes soll das Asylverfahren straffen und dazu führen, dass sich die Zahl der Asylgesuche auf niedrigem Niveau stabilisiert.

Als Ergebnis einer Diplomatischen Konferenz in Genf erhält die internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung als zusätzliches Emblem ein rotes Quadrat auf weissem Grund. Die Schweiz hatte in ihrer Eigenschaft als Depositärstaat der Genfer Konventionen diese Konferenz einberufen und geleitet. Zuvor vermittelte unser Land ein Abkommen zwischen dem Roten Davidstern und dem palästinensischen Roten Halbmond.

Bundesrat Joseph Deiss nimmt an der sechsten WTO-Ministerkonferenz in Hongkong teil.

Der Bundesrat verabschiedet die Botschaft zur Fussball-Europameisterschaft 2008. Sie hat die Gewährleistung der Sicherheit, Massnahmen in den Bereichen Infrastruktur, Verkehr und Kommunikation sowie die Projektkoordination zum Inhalt.



Die direkte Demokratie: eine Schweizer





Besonderheit

Bürgerinnen und Bürger ihr Stimmrecht wahr – immer häufiger brieflich, aber nach wie vor auch an den Urnen ihres Wohnorts.



Vereinigten Staaten von Amerika, der zweitälteste. Der staatliche Aufbau der Schweiz ist föderalistisch und gliedert sich in die drei politischen Ebenen Bund, Kantone und Gemeinden.



Die Volksrechte auf Bundesebene

In kaum einem anderen Staat gibt es so weitgehende Mitbestimmungsrechte des Volkes wie in der Schweiz. Die lange demokratische Tradition, aber auch die vergleichsweise geringe Grösse und Bevölkerungszahl sowie die hohe Alphabetisierungsrate und ein vielfältiges Medienangebot sind ausschlaggebend für das Funktionieren dieser besonderen Staatsform.

Das Wahlrecht

Bei den Nationalratswahlen haben alle mündigen Schweizerinnen und
Schweizer ab 18 Jahren
das aktive und passive
Wahlrecht; das heisst, sie
dürfen sowohl wählen als
auch sich selbst zur Wahl
stellen. Einzig Bundesangestellte müssen sich,
falls sie gewählt werden,
entweder für ihre Stelle
oder für das Mandat entscheiden.

Die Ständeratswahlen sind nicht auf Bundesebene geregelt; für sie gelten kantonale Vorschriften.

Das Stimmrecht

Wer wählen darf, ist auch stimmberechtigt: alle Staatsangehörigen im Inund Ausland, die das 18. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche entmündigt sind.

Für alle Änderungen der Verfassung sowie für den Beitritt zu bestimmten internationalen Organisationen gilt das obligatorische Referendum: Das heisst, darüber muss eine Volksabstimmung stattfinden. Zur Annahme einer solchen Vorlage braucht es das sogenannte doppelte Mehr – nämlich erstens das Volksmehr, also die Mehrheit der gültigen Stimmen im ganzen Land, und zweitens das Ständemehr, also eine Mehrheit von Kantonen, in denen die Stimmenden die Vorlage angenommen haben.

Geänderte oder neue Gesetze und ähnliche Beschlüsse des Parlaments sowie bestimmte völkerrechtliche Verträge kommen nur dann zur Abstimmung, wenn dies mit dem fakultativen Referendum verlangt wird. Zur Annahme einer derartigen Vorlage genügt das Volksmehr.

Das Initiativrecht

Bürgerinnen und Bürger können einen Volksentscheid über eine von ihnen gewünschte Änderung der Verfassung verlangen. Damit eine Initiative zustande kommt, braucht es innert einer Sammelfrist von 18 Monaten die Unterschriften von 100 000 Stimmberechtigten. Das Volksbegehren kann als allgemeine Anregung formuliert sein oder - was viel häufiger der Fall ist als fertig ausgearbeiteter Text vorliegen, dessen Wortlaut Parlament und Regierung nicht mehr verändern können.

Die Behörden reagieren auf eine eingereichte Initiative manchmal mit einem (meist nicht so weit gehenden) Gegenvorschlag - in der Hoffnung, dieser werde von Volk und Ständen eher angenommen. Seit 1987 gibt es bei Abstimmungen über Volksbegehren die Möglichkeit des doppelten Ja: Man kann also sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag gutheissen; mit einer Stichfrage wird ermittelt, welcher der beiden Texte in Kraft tritt, falls beide das Volks- und Ständemehr erreichen.

Volksinitiativen gehen nicht vom Parlament oder von der Regierung aus, sondern von den Bürgerinnen und Bürgern. Sie gelten als *Antriebselement* der direkten Demokratie.

Das Referendumsrecht

Das Volk hat das Recht. über Parlamentsentscheide im Nachhinein zu befinden. Bundesgesetze, Bundesbeschlüsse sowie unbefristete Staatsverträge unterliegen dem fakultativen Referendum: Das heisst. darüber kommt es zu einer Volksabstimmung, falls dies 50 000 Bürgerinnen und Bürger verlangen. Die Unterschriften müssen innert 100 Tagen nach der Publikation eines Erlasses vorliegen.

Das vetoähnliche Referendumsrecht wirkt für den politischen Prozess insgesamt verzögernd und bewahrend, indem es vom Parlament oder von der Regierung ausgehende Veränderungen abblockt oder ihre Wirkung hinausschiebt – man bezeichnet das Referendumsrecht darum häufig als *Bremse* in der Hand des Volkes.

Das Petitionsrecht

Alle urteilsfähigen Personen – also nicht allein Stimmberechtigte – haben das Recht, schriftlich Bitten, Anregungen und Beschwerden an Behörden zu richten.

Diese sind verpflichtet, solche Petitionen zur Kenntnis zu nehmen; eine Antwort darauf ist allerdings nicht vorgeschrieben, doch wird in der Praxis jede Petition behandelt und beantwortet. Gegenstand der Eingabe kann jede staatliche Tätigkeit sein.

Die politische Organisation der Schweiz

Das Volk: der Souverän

Das Schweizer Volk ist laut Bundesverfassung der Souverän des Landes, also die oberste politische Instanz. Es umfasst alle erwachsenen Frauen und Männer mit Schweizer Bürgerrecht – das sind knapp 4,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger, was etwa 64 Prozent der Wohnbevölkerung entspricht . Unter 18-Jährige und ausländische Staatsangehörige haben auf Bundesebene keine politischen Rechte.

wählt

das Parlament: die Legislative

Das Schweizer Parlament hat zwei Kammern, die zusammen Vereinigte Bundesversammlung heissen und die gesetzgebende Gewalt im Staat bilden.

Der Nationalrat repräsentiert mit seinen 200 Mitgliedern die Gesamtbevölkerung des Landes – die einzelnen Kantone sind in ihm proportional zur Zahl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner vertreten.

Der Ständerat vertritt die 26 Kantone – 20 von ihnen sind in ihm durch je zwei Mitglieder repräsentiert, die 6 früheren Halbkantone entsenden je eine Vertretung in den insgesamt 46-köpfigen Rat. Beide Räte wählt das Volk direkt: den Nationalrat – die sogenannte grosse Kammer – nach gemeinsamen eidgenössischen Regeln, den Ständerat – die kleine Kammer – gemäss kantonal unterschiedlichen Bestimmungen. Wahlkreise sind in beiden Fällen die Kantone.

Die Gewaltenteilung

In der Schweiz sind die legislative
(= gesetzgebende), die exekutive
(= ausführende) und die judikative
(= richterliche) Gewalt personell
getrennt, funktionell aber bloss geteilt.
Das heisst: Niemand darf gleichzeitig
mehr als einer der drei Bundesbehörden
— dem Parlament, der Regierung und
dem obersten Gericht — angehören; abei
jede der drei Behörden nimmt aus praktischen Gründen auch Aufgaben wahr,
die streng genommen in die Zuständigkeit einer anderen Gewalt fallen.

wählt

die Regierung: die Exekutive

Die Regierung der Schweiz besteht aus den sieben Mitgliedern des Bundesrats sowie der Bundeskanzlerin bzw. dem Bundeskanzler, die von der Vereinigten Bundesversammlung für eine vierjährige Amtsdauer gewählt sind.

Der Bundespräsident ist nur für ein Jahr gewählt und gilt in dieser Zeit als Primus inter pares, das heisst Erster unter Gleichgestellten. Er leitet die Bundesratssitzungen und übernimmt besondere Repräsentationspflichten.

und — das oberste Gericht: die Judikative

Die oberste Rechtsprechung in der Schweiz erfolgt durch das Bundesgericht in Lausanne, das Eidgenössische Versicherungsgericht in Luzern sowie seit 2004 durch das Bundesstrafgericht in Bellinzona.

Das Lausanner Gericht besteht aus 30 Mitgliedern sowie 30 Ersatzrichterinnen und -richtern, dasjenige in Luzern setzt sich aus 11 hauptamtlichen Mitgliedern sowie 11 nebenamtlichen Bundesrichterinnen und -richtern zusammen und das neue erstinstanzliche Gericht im Tessin aus zurzeit 11.



Die ständigen Kommissionen des Parlaments tagen durchschnittlich drei bis vier Tage pro Quartal; anders als die Verhandlungen im National- und Ständerat sind ihre Sitzungen nicht öffentlich. Hier beschliesst die nationalrätliche Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit gerade über einen Antrag an ihre Kammer.

Die Legislative:



Nationalrat und Ständerat

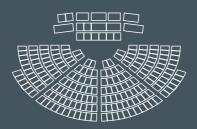
Die Wahl des Parlaments

Die Schweiz hat ein Zweikammer-Parlament: die eidgenössischen Räte, die zusammen die Vereinigte Bundesversammlung bilden. Der Nationalrat repräsentiert die Gesamtbevölkerung, der Ständerat die Gliedstaaten des Bundes, die Kantone. Darin zeigen sich die zwei Prinzipien des Staatsaufbaus: das demokratische, in dem alle Stimmberechtigten dasselbe Gewicht haben, und das föderalistische, das alle Kantone auf dieselbe Stufe stellt.



Die Kantone repräsentieren sich im Ständerat

Die Kleine Kammer zählt 46 Sitze: 20 Kantone stellen je zwei Abgeordnete, die 6 früheren Halbkantone je eine Vertreterin oder einen Vertreter. In allen Kantonen – mit Ausnahme des Jura – wählen die Bürgerinnen und Bürger ihre Abgeordneten im Majorzverfahren.



Das Volk repräsentiert sich im Nationalrat

Die Grosse Kammer zählt 200 Sitze. Die Zahl der Abgeordneten eines Kantons (jeder ist ein Wahlkreis) richtet sich nach seiner Einwohnerschaft: Dem bevölkerungsreichen Zürich stehen 34 Sitze zu, während Uri und Glarus, Ob- und Nidwalden sowie die beiden Appenzell nur je einen Volksvertreter im Nationalrat haben. In den Kantonen mit mehr als einem Sitz gilt bei den Wahlen das Proporzverfahren.

S	Ständeratssitz	ze	Kanton	Na	tionalratssitze	Einwohner
	* *	2	Zürich	34	**********	1 228 600
	**	2	Bern	26	******	947 100
	**	2	Waadt	18	***************	626 200
	11	2	Aargau	15	************	550 900
	11	2	St. Gallen	12	**********	452 600
	++	2	Genf	11	********	414 300
	##	2	Luzern	10	**********	350 600
	11	2	Tessin	8	*******	311 900
	**	2	Wallis	7	*******	278 200
		1	Basel-Landschaft	7	******	261 400
	11	2	Solothurn	7	******	245 500
	11	2	Freiburg	7	******	239 100
	**	2	Thurgau	6	*****	228 200
	+	1	Basel-Stadt	5	*****	186 700
	11	2	Graubünden	5	*****	185 700
Die früheren Halbkantone	##	2	Neuenburg	5	*****	166 500
Sechs Kantone, die ehemals Einhei- ten gewesen waren und sich dann	11	2	Schwyz	4	****	131 400
geteilt hatten – Ob- und Nidwalden schon vor 1291, die beiden Appenzell	11	2	Zug	3	111	100 900
1597 aus konfessionellen Grunden	11	2	Schaffhausen	2	tt .	73 400
und Basel 1833 als gewaltsame Abspaltung von der Stadt – galten früher als Halbkantone. Dementspre- chend haben sie nur einen Sitz im Ständerat und bei Abstimmungen	##	2	Jura	2	11	69 100
	t	1	Appenzell Ausserrhoden	1	+	53 200
	+	1	Nidwalden	1	t	38 600
über Verfassungsänderungen nur eine halbe Standesstimme.	11	2	Glarus	1	t	38 300
	11	2	Uri	1	+	35 000
	1	1	Obwalden	1	t	32 700
	1	1	Appenzell Innerrhoden	1	t e	15 000